

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8039/33
Telefax: 888846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Horst Peter MdB zu den deutsch-deutschen Beziehungen: Nicht dem Establishment überlassen.

Seite 1

Prof. Monika Ganseforth MdB zur Notwendigkeit internationalen Engagements für das Balkanland: Rumänien wirksam helfen.

Seite 4

Heinz Menzel MdB zur den Verteuerungen, die den Konsumenten durch längere Öffnungszeiten entstehen: Dienstleistungsabend gescheitert?

Seite 5

Karl-Heinz Hiersemann MdL zu einer Landtags-Initiative gegen rechtswidriges Verhalten: Sozialhilfe für Asylsuchende in Bayern gekürzt.

Seite 6

45. Jahrgang / 11

16. Januar 1990

Nicht dem Establishment überlassen

Gedanken zu den deutsch-deutschen Beziehungen

Von Horst Peter MdB

Die DDR steht vor dem Wahltermin im Mai in der Entscheidungssituation für drei Optionen:

- den nationalstaatlichen Anschluß an die Bundesrepublik
- das sich-fügen in die Situation einer staatlich autonomen, aber gesellschaftlich-ökonomischen Halbkolonie der Bundesrepublik
- die Sicherung eines eigenständigen Entwicklungsweges.

Der Plot des Jahres 1990 ist, daß sich CDU/FDP-Bundesregierung und westdeutsches Kapital mit dem bürokratisch-technokratischen Zentrum der SED, der „Leiterschicht“, also der administrativ-staatlichen und der betrieblichen Leistungs-„Intelligenz“ auf die Option 2 einigen; daß Bundeskanzler Kohl zwar wie sein Großvater viel von der Wiedervereinigung reden, aber nichts zu ihrer Realisierung unternehmen wird, sich davor hütet, die im Schutze der Mauer ausgestellten rhetorischen Wechsel, die jetzt präsentiert werden, einzulösen; daß die nationalstaatliche Wiedervereinigung weder von den Nachbarn der beiden deutschen Staaten noch von den Eliten der beiden Staaten gewünscht und forciert wird; daran ändert auch nichts der Wunsch und Wille vieler Deutscher in beiden Staaten; die SPD begibt sich mit ihren Versuchen einer „Umwelt“-der-beiden-deutschen Staaten-verträglichen Einigungspolitik in die Gefahr, nur noch die Kulisse für das Miteinanderpoussieren der Alten Mächten in Ost und West zu stellen. Wieder liefe die SPD Gefahr, zum passiven Element der „herrschenden Zukunft“, die nicht abzuwenden, statt zum Zentrum der „beherrschbaren Zukunft“, die nach Gestaltung ruft, zu werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet Dünnsand
mit 100% Alu-Recycling-Papier



Zu Recht wird ja gefragt, wer sich nach den geschichtlichen Erfahrungen der letzten hundert Jahre ein neues Großdeutschland wünsche und aus amerikanischer Sicht darauf geantwortet, daß ein wiedererrichtetes Bismarck-Reich die gleiche Wirkung hätte wie die Rückkehr des Frankenstein-Monsters, daß das „teutonische Delir“, Gorbatschows Scheitern und den Rückfall Europas in den nationalistischen Infantilismus provoziere. Bedenklich seien auch die inneren Aussichten einer solchen Entwicklung. Jede verfassungsmäßige Demokratie solle vor der Aussicht zurückschrecken, einen Staat von der Größe der DDR zu schlucken. Schon rollt in der Bundesrepublik in der Presse von der serlösen „Wirtschaftswoche“ (Wolfram Engels: „Der Anreiz zum Mißbrauch wird übermächtig“) bis zum letzten Anzeigenblatt in der Provinz die Kampagne gegen den Mißbrauch sozialer Leistungen durch DDR-Bürger, wird beklagt, daß statt der Leistungsfähigen, die anfangs kamen, jetzt nur noch die sozial randständigen DDR-Bürger „flitzen gehen“. Hier wird eine brennende Mischung aus Wohlstandschauvinismus und Wiederaufnahme der Mißbrauchsdebatte der frühen 80er Jahre angerührt. Wer jedoch wie Lafontaine klar und deutlich die deutschland- und sozialpolitischen Handlungsnotwendigkeiten darstellt, wird geprügelt, weil man sich sowohl das deutsch-nationale Element wie auch die propagandistische Argumentation für Sozialabbau in der Bundesrepublik gegenüber deren Bürgern nicht aus der Hand nehmen lassen will.

In der DDR scheint die Chance der ökologischen-sozialen und demokratischen Erneuerung von unten von Partei und Gesellschaft vertan zu sein. Die „herrschende Leiterschicht“, die „soziale Schicht, die bisher mit absoluter Macht das Nationaleinkommen verteilt hat“ (Gerd Irrfritz), die politische Klasse und gesellschaftliche Elite des Realsozialismus, beginnt mit der Wiederbefestigung ihrer Stellung. Wahrscheinlich ist der Dezemberparteitag der SED, wie von Irrfritz befürchtet, der Parteitag der Konsolidierung der „herrschenden Leiterschicht“ der DDR gewesen. Indem die SPD Trauer trägt, weil ihre Prognose des vollständigen Untergangs der SED nicht eintrifft, abgrenzt, statt in die Auseinandersetzungen politisch einzugreifen, indem die SED in den einzelnen Politikfeldern gestellt wird, ermöglicht die SPD den Vertretern des Ancien Regime in der SED, sich in ihrer Wagenburg einzurichten. So schlägt der Verzicht auf Intervention in den Erneuerungsprozeß der SED in sein Gegenteil um, die Zementierung der Restauration in der SED.

Bundesregierung, westdeutsches Kapital und die herrschende Leiterschicht werden sich so ungestört auf eine Kooperation entlang der Formel einer transnationalen kapitalistischen Integration bei beibehaltener nationaler Desintegration verständigen können. Nur mit den Fachleuten der Leiterschicht und einer zur „Kompradorenbourgeoisie“ verkommenen politischen Klasse der DDR läßt sich die kapitalistisch-westdeutsch angeleitete Entwicklung der Produktivkräfte und die Weltmarktintegration der DDR zu beider Seiten Nutzen durchsetzen. Die poststalinistische „Leiterschicht“ sieht ihre Zukunft in der transnationalen Kooperation mit dem Kapital. Die Nachlaßverwalter eines „Feudalsozialismus“ verkaufen nun wie gestandene Feudalherren ihre Landeskinder, nicht gegen Subsidien als Soldaten, aber in joint-ventures und Sonderwirtschaftszonen.

Umstands- und anstandslos wird vom administrativen System übergeleitet und wieder die materielle Interessiertheit der Menschen ausgenutzt, um sie von der Interessiertheit an gesellschaftlicher und politischer Mitbestimmung abzuhalten. Für den Westen hat der Verzicht auf nationale Angliederung den Vorteil einer kostengünstigeren Lösung, bei der man sich den Finger selbst nicht schmutzig machen muß. Für die DDR steht dann eine klassische Sanierungspolitik zu IMF-Konditionen an. Noch sind die Verhandlungen nicht ausgestanden. Um der SED die besten Konditionen diktieren zu können, wird das Spiel mit der Opposition, „die SED unter Druck setzen“, noch eine Weile andauern.

Die Opposition, überrascht vom schnellen Zusammenbruch der altstalinistischen Führung der SED und der Flexibilität der zweiten Linie ist mit ihrer bloßen Negation der SED-Herrschaft, ohne Konzepte und Personen, in Ratlosigkeit erstickt. Die Folgen lassen sich inzwischen jeden Montagabend sehen und abzählen. „Deutschland, Deutschland“, „Deutschland-einig Vaterland“, „Deutschland über alles“. Wieder einmal scheint in Deutschland die „Nation“ die radikal-demokratische Option zu überflügeln. „Das Volk“ traut sich nichts mehr zu und unterwirft sich dem nationalen Mythos und Wohlstandsverheißungen. Auf der Straße scheinen inzwischen rechtsnationale Elemente die Regie zu übernehmen. Gegen die, die viel riskiert und mit ihrem von Verfolgung bedrohten Engagement die Veränderung durchgesetzt haben, riskieren jetzt die Treudeutschen, die vor dem Oktober noch gekuscht haben, die große Lippe. So gebiert auch diese nationale Revolution mit der Komparserie der Wiedervereiniger ihre Ausprägung des Phänotyps unseres Jahrhunderts, des opportunistischen Mitläufers. Sie verkennen, daß es auch schädliches Wachstum gibt. Wir kennen dies aus Medizin und Ökonomie. Sie gefährden den Reformprozeß in der UdSSR und mit Gorbatschow alles, was bisher erreicht wurde. Und wenn sie tatsächlich zum Ziel kommen, erreichen sie mit der Wiedervereinigung auch die Re-Medialisierung der Politik für die Bürger der DDR, geben sie auf, was andere auch für sie im Moment an politischer Selbstbestimmung erreicht haben.

Aufgabe der SPD ist es, im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten die Interessenharmonie der jeweiligen herrschenden Eliten, die letztlich auf die ungeschmälerete Durchsetzung des Raubbausystems an Mensch und Natur - unter dem Deckmantel der Marktwirtschaft in Ost und West zielt -, infragezustellen, die Verabredungen der Generaldirektoren durch das Joch der Reformen zu treiben. Mit dem Berliner Programm hat die SPD der Bundesrepublik Deutschland modellhaft das Konzept einer ökologisch sozialen und demokratisch gestaltenden Gesellschaft entwickelt. Die SPD der DDR ist eingeladen, sich an dem Diskussionsprozeß über dieses Konzept zu beteiligen und das für die DDR notwendige und mögliche daraus zu entwickeln.

Geprüft werden muß für die DDR das System der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung, der überbetrieblichen Mitbestimmung durch Investitions- und strukturpolitische Lenkungsinstrumente wie die Wirtschafts- und Sozialausschüsse. Während für die EG das Institut der europäischen Aktiengesellschaft mit kodifizierter Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Gesetzgebungsverfahren ist, ist nicht einzusehen, warum deutsch-deutsche Unternehmenskooperationen und Verbände ohne gesetzlich verankerte Mitbestimmungsgarantien auskommen sollten. Das deutsche Aktien- und Gesellschaftsrecht sollte um eine deutsch-deutsche Aktiengesellschaft erweitert werden. Statt gegenüber der SED sterile Abgrenzungsdiskussion zu führen und diese in der Wagenburg zusammenzuschweißen, muß der Differenzierungsprozeß durch die Vorlage inhaltlicher Prüfsteine für ihre Reformfähigkeit - und Bereitschaft eingeleitet werden.

(-/16.1.1990/rs/ks)

Rumänien wirksam helfen

Zur Notwendigkeit internationalen Engagements für das Balkanland

Von Prof. Monika Ganseforth MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe

Ohne internationale Unterstützung hat das rumänische Volk seinen Peiniger Ceausescu und die ihn stützende Clique unter großen Opfern abgeschüttelt.

Anders als in anderen Ländern des Ostblocks bedurfte es des verzweifelten Kampfes zur Beseitigung des verbrecherischen terroristischen Regimes. Wir alle müssen uns fragen, ob wir nicht zu lange Zuschauer waren und es bei halbherzigen verbalen folgenlosen Protesten belassen haben.

Die westlichen Regierungen haben bis zum Schluß die Gewaltherrschaft Ceausescus im Verhältnis gesehen zur frühzeitigen relativ unabhängigen Außenpolitik Rumäniens. Ceausescu ist es gelungen, diesen Eindruck relativ lange aufrechtzuerhalten, und nicht ohne Erfolg auch durch Regierungsvertreter bis hin zum rumänischen Botschafter dieses Argument bei der leisesten Kritik am Regime in den Vordergrund zu bringen. Insofern hat das rumänische Volk sich unter ganz besonders ungünstigen Bedingungen befreien müssen.

Darüber hinaus hatte sich das Terrorregime wie ein Krebsgeschwür in der gesamten rumänischen Gesellschaft ausgebreitet und verankert. Der großenwahnsinnige Diktator hatte ein gut abgesichertes System aus Denunziation, Kontrolle und Sanktionen aufgebaut. So ließ sich die Systematisierungskampagne, die die Dörfer ganzer Regionen zerstörte, die menschenverachtende Bevölkerungspolitik, unter der die rumänischen Frauen besonders litten, und der Luxus der herrschenden Clique wie zu Neros Zeiten auf Kosten der Masse der Bevölkerung durchführen und aufrechterhalten. Sich gegen diesen Apparat aufzulehnen, erforderte ungeheuren Mut und große persönliche Opfer.

Nach einer weit verbreiteten Meinung stand die Leidensfähigkeit des rumänischen Volkes in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Widerstandsbereitschaft. Diese Auffassung muß angesichts des Mutes, des Einsatzes und auch der Opfer der Bevölkerung revidiert werden. Wie geht es weiter?

Es wird nicht einfach sein, innerhalb der notwendigen kurzen Zeit die fehlenden demokratischen Traditionen auszugleichen. Die großen Erwartungen auf schnelle Änderung, die Freude und Erleichterung über die wiedergewonnene Freiheit wird erschwert durch fehlende Erfahrungen an Mitbestimmung und -verantwortung, Entscheidungsfähigkeit und Eigeninitiative. Dazu kommt die Gefahr, daß die, die ihr Mäntelchen nach dem Winde hängen, die Mitläufer, denen es nicht um die Interessen des rumänischen Volkes, sondern um ihre eigenen Interessen geht, sich in den wichtigen Stellen festsetzen. Dabei geht es um die Verbesserung der Lebensqualität für die Menschen, wie Wohlstand, Gesundheit, Bildung, um Freiheits- und Bürgerrechte.

Hier ist die internationale Staatengemeinschaft gefordert und in der Verantwortung. Die Bundesregierung muß schnell und uneigennützig materielle und organisatorische Hilfe leisten und sorgfältig darauf achten, daß es nicht zu mißbräuchlichen Entwicklungen kommt.

(-/16.1.1990/rs/vo-he)

* * *

Dienstleistungsabend gescheitert?

Zu den Verteuerungen, die den Konsumenten durch längere Öffnungszeiten entstehen

Von Heinz Menzel MdB

Nachdem die Schützenvereinskapellen, die in den ersten Wochen nach Einführung des Dienstleistungsabends das Geschäft beleben sollten, abgezogen und die Sondersituation, die mit dem Weihnachtsgeschäft verbunden war, beendet ist, wird es sich zeigen, ob die Euphorie, die bei einigen im Zusammenhang mit der Einführung des Dienstleistungsabends ausgebrochen war, noch berechtigt ist.

Der erste Dienstleistungsabend im Januar hat bereits bei vielen für Ernüchterung gesorgt. Manch ein Geschäftsinhaber hat seinen Laden mangels „Käufer“-Masse vorzeitig geschlossen, weil er schnell erkannt hatte, daß Aufwand und Ertrag in keinem rechten Verhältnis zueinander standen.

Es wird nun auf das Käuferverhalten in den nächsten Monaten ankommen.

Eines aber ist jetzt schon sicher: Den Verbrauchern steht durch den Dienstleistungsabend keine Mark mehr zum Konsum zur Verfügung. Verteuerungen, die durch längere Öffnungszeiten bei Personal- und Energiekosten entstehen, werden sich auf die Preise niederschlagen.

Sollten sich die Erfahrungen des neuen Jahres fortsetzen, wird schnell zu prüfen sein, ob nicht das Experiment „Dienstleistungsabend“ als gescheitert zu erklären ist.

(-/16.1.1990/rs/ks)

* * *

Sozialhilfe für Asylsuchende in Bayern gekürzt

Zu einer Landtags-Initiative gegen rechtswidriges Verhalten

Von Karl-Helz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Es ist ein Skandal, daß die bayerischen Bezirke die Sozialhilfe für asylsuchende Ausländer generell um 15 Prozent kürzen, verstoßen sie doch damit gegen eine eindeutige Rechtsprechung. Wie der 3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München, Klaus Hahnzog, fordert auch die bayerische SPD-Landtagsfraktion Sozialminister Glück auf, gegen die bayerischen Bezirke aufsichtsrechtlich vorzugehen. Sollte die Staatsregierung nichts unternehmen, werden wir Initiativen im Landtag unternehmen, um rechtsstaatliches Verwaltungshandeln durchzusetzen.

Nach den Richtlinien des Bezirks Oberbayern und aller anderen Bezirke im Freistaat wird seit 7. Januar 1988 der Regelsatz der Sozialhilfe für den laufenden Unterhalt für asylsuchende Ausländer generell um 15 Prozent verringert. Sowohl das Bundesverwaltungsgericht, der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg als auch die Verwaltungsgerichte München und Würzburg haben jedoch inzwischen diese Praxis für rechtswidrig erklärt. Die Gerichte haben übereinstimmend hervor, daß die Sozialhilfe nur ausnahmsweise gekürzt werden kann.

Als Reaktion auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg zahlt die CDU-Regierung in Stuttgart seitdem wieder den vollen Regelsatz aus. Wir drängen nun auf eine ähnliche Entscheidung der Unionsfreunde im Streibl-Kabinett. Denn bisher ist die Reaktion in Bayern anders als in Baden-Württemberg: Die bayerischen Bezirke änderten ihre Richtlinien nicht.

Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden. Eine Verwaltung muß sich an der Rechtsprechung orientieren. Im konkreten Fall bedeutet dies: Auszahlung der ungekürzten Regelsatzhilfe. Den Hinweis der bayerischen Bezirke, die unterlassene Ermessensentscheidung im Widerspruchsverfahren nachzuholen, empfinde ich als zynisch. Eine überhebliche Verwaltung nutzt die Unkenntnis der Betroffenen und ihre bedrängte Lage zur Fortsetzung eines rechtswidrigen Verfahrens aus. Rechtsstaatlichkeit gebührt aber nicht nur den Starken, sondern auch - wenn nicht viel mehr - den Schwachen.

(-/16.1.1990/rs/ks)

* * *